

**26
79**

Union in Deutschland

Bonn, den 28. Juni 1979

Gemeinsames Gremium soll entscheiden

Der Bundesvorstand der CDU hat nach ausführlichen Beratungen über den Stand der Verhandlungen in der CDU/CSU-Strategiekommission am 25. Juni 1979 in Bonn einstimmig folgende Erklärung gebilligt:

1. Der Bundesvorstand der CDU begrüßt, daß die Strategiekommission von CDU und CSU in entscheidenden Sachfragen Übereinstimmung erzielen konnte. Nunmehr kommt es darauf an, sobald wie möglich zu gemeinsamen Auffassungen zwischen CDU und CSU in der Frage der Nominierung des Kanzlerkandidaten der Unionsparteien zu gelangen. Die Mitglieder der CDU erwarten zu Recht einen baldigen Abschluß der Personal- und Strategiedebatte der Unionsparteien.

2. Der Bundesvorstand stellt einstimmig fest, daß alle Pressemeldungen über das angebliche Abweichen von Mitgliedern des Bundesvorstandes von den Beschlüssen vom 28. Mai und 18. Juni 1979 jeder Grundlage entbehren. Der Beschuß vom 28. Mai lautete: Der Bundesvorstand der CDU begrüßt den Vorschlag des Bundesvorsitzenden Dr. Helmut Kohl, für die Gespräche mit der CSU Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht als Kanzler-

(Weiter auf Seite 2)

BUNDESTAG

Baum hat die Sicherheitskräfte verunsichert und demoralisiert

Seite 5

EUROPA

Parteien der Mitte arbeiten eng zusammen

Seite 8

KOALITION

SPD-Spitze: müde, ratlos und zerstritten

Seite 9

JAHRESTAGUNG DER UdVF

Weiter auf das Recht bauen und für die Freiheit kämpfen

Seite 11

KOMMUNAL-WAHLEN

Analyse für Rheinland-Pfalz und Saarland

Seite 13

FLÜCHTLINGS-PROBLEM

Mehr Hilfe für Vietnam-Flüchtlinge

Seite 15

DOKUMENTATION

Bildung muß wieder Freude machen

grüner Teil

Die nächste Ausgabe

UID Nr. 27/79 erscheint am

19. Juli 1979

(Fortsetzung von Seite 1)

kandidaten der Unionsparteien zur Bundestagswahl 1980 zu benennen. Der Bundesvorstand macht sich diesen Vorschlag zu eigen.

3. Ausgangspunkt für die Verhandlungen mit der CSU ist für den Bundesvorstand der CDU eine Entscheidung über den Kanzlerkandidaten der Union durch ein gemeinsames, demokratisch legitimiertes Gremium, das gewichtet ist entsprechend der Mitglieder- und Wählerstärke der Parteien, wobei das Hauptelement von den Parteien gestellt werden soll und zu dem auch die Mitglieder der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gehören.

Die nächsten Sitzungen der Strategiekommission finden am 1., 10. und 11. Juli statt.

Zu dem Vorschlag eines gemeinsamen demokratisch legitimierten Gremiums erklärte Generalsekretär Heiner Geißler:

Es geht um die grundsätzliche Frage des Verhältnisses von CDU und CSU zueinander, nämlich Union oder Koalition. In einer Koalition wird paritätisch entschieden, aber der größere Koalitionspartner hat den Wählerauftrag, für die Führung in der Koalition, insbesondere auch für die Kanzlerschaft. CDU und CSU sind aber keine Koalition, sondern durch gemeinsame Überzeugungen, durch Geschichte und Selbstverständnis unserer Mitglieder in einer Union verbunden. Wir sind Schwesternparteien. Daraus folgt, daß die Führung in der Union nicht automatisch mit einer Partei verbunden ist. Konkret: Der Kanzlerkandidat kann selbstverständlich aus der CSU kommen, wenn er sich auf die Mehrheit der Mitglieder der Unionsparteien stützen kann.

Die Unionsparteien sind Teil einer gemeinsamen politischen Bewegung, doch diese Gemeinsamkeit spiegelt sich im Organisatorischen nicht wider. Wir können das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Die CSU ist eine eigenständige Partei, und denkt nicht daran, diese Eigenständigkeit aufzugeben. Wir akzeptieren dies. Nur muß man sehen, daß in den 50er und 60er Jahren, als die Unionsparteien die Regierung stellten, die aus dem Vorhandensein zweier Unionsparteien entstehenden Schwierigkeiten sehr viel leichter zur Zufriedenheit der CDU, aber auch der CSU, bewältigt werden konnten. In einer Regierung läßt sich so etwas leichter lösen. Im nunmehr zehnten Jahr der Opposition ist dies alles sehr viel schwieriger. Ich sage zu unseren Freunden in der CSU mit vollem Bedacht: Unser Vorschlag, ein demokratisches Gremium zur Konfliktlösung zu bilden, ist auch eine historische Chance für einen neuen Anfang. Die Mitglieder der CDU setzen große Hoffnungen in diesen Vorschlag um der Union willen.

Es ist nicht richtig zu glauben, daß unser Vorschlag die CDU begünstige und die CSU benachteilige. Diese Sorge wäre nämlich nur berechtigt, wenn CDU und CSU zueinander wie Koalitionsparteien stünden. Dem ist aber nicht so. Nur ein Beispiel: Franz Josef Strauß tritt ganz selbstverständlich in Wahlkämpfen für die CDU auf und umgekehrt, wie dies unter Parteifreunden üblich ist. Er hat alle Chancen, für eine Mehrheit zu werben. Franz Josef Strauß wird nicht eine Stimme verlieren, weil er CSU ist. Ernst Albrecht wird nicht eine Stimme gewinnen, nur weil er CDU ist.

Ein Mann des Ausgleichs

Zum plötzlichen Tode des saarländischen Ministerpräsidenten Dr. Franz Josef Röder erklärte der Parteivorsitzende Helmut Kohl in Bonn:

„Mit Franz Josef Röder ist ein Politiker von uns gegangen, der mehr als 20 Jahre lang die Geschicke seines Landes als Regierungschef überaus glücklich und erfolgreich gestaltet und die Politik der Bundesrepublik Deutschland mitgestaltet hat. Sein plötzlicher Tod hat in der CDU Trauer und Bestürzung hervorgerufen.“

Wer Franz Josef Röder auf den wichtigen Stationen seines öffentlichen Lebens als Ministerpräsident des Saarlandes und als Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Saar begegnete, der lernte einen Mann kennen, der an sein politisches Amt höchste Ansprüche stellte. Geprägt von einem christlichen Elternhaus, von humanistischer Erziehung, vom Studium der Philologie und durch die Erfahrungen des Pädagogen nahm er seinen Weg in die Politik. Er war ein leidenschaftlicher Anwalt der Interessen seiner Mitbürger. In unzähligen Gesprächen, Reden und Interventionen kämpfte er für bessere Lebensbedingungen der Menschen an der Saar. Franz Josef Röder war aber auch ein Mann des Ausgleichs. Er war stets bereit, auch dem Andersdenkenden, dem politischen Gegner die Hand zur Zusammenarbeit zu reichen.

Vor wenigen Wochen konnte er das 20jährige Dienstjubiläum als Ministerpräsident des Saarlandes feiern. Weit über die Grenzen seines Landes hinaus wurden ihm seine großen Leistungen und Verdienste bescheinigt.

Ich verliere mit Franz Josef Röder einen Freund, dem ich in langen Jahrzehnten immer Rat und Unterstützung verdanke. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands verliert eine Persönlichkeit, die ihr Gesicht und ihren Weg wesentlich mitgeformt hat.“

■ INFORMATION

CDU-Gespräch mit Bundeselternrat

Der Bundeselternrat begrüßt die Bemühungen der CDU, der gewählten Organisation, die mehr als zwölf Millionen Eltern in der Bundesrepublik Deutschland vertritt, ein Anhörungsrecht in den Parlamenten und bei den Regierungen des Bundes und der Länder zu ermögli-

chen. Dies ist ein Ergebnis eines Gesprächs über bildungspolitische Fragen, zu dem am 19. Juni 1979 Mitglieder des Präsidiums der CDU und Vertreter des Bundeselternrates in Bonn zusammengekommen waren. Seitens des Bundeselternrates nahmen daran der Bundesvorsitzende Alois Graf Waldburg-Zeil und weitere Vorsitzende, Geschäftsführer und Ausschußmitglieder der Landeselternbeiräte teil. Die CDU war u. a. vertreten durch den Generalsekretär Heiner Geißler, die stellvertre-

tende Vorsitzende, Kultusminister Hanna-Renate Laurien, und die Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse Kulturpolitik und Jugendpolitik, Werner Scheerer und Hermann Kroll-Schlüter, MdB, sowie Kultusminister Werner Remmers. Übereinstimmend waren die Gesprächsteilnehmer der Auffassung, daß unter Berücksichtigung der Vielfalt schulorganisatorischer Angebote möglichst rasch die Einigung über die Anerkennung vergleichbarer Abschlüsse im Bildungswesen herbeigeführt werden solle. Dies müsse auch für den Vergleich zwischen den Schulen des gegliederten Schulwesens und den Gesamtschulen gelten. Es wurde vereinbart, die Kontakte zwischen der CDU und dem Bundeselternrat zu vertiefen und ähnliche Gespräche in regelmäßigen Abständen zu wiederholen. Für die nächste Gesprächsrunde sind als Themen die Hauptschule, das 10. Bildungsjahr und die berufliche Bildung vorgesehen.

Gegen Tempolimit

Die Einführung einer Höchstgeschwindigkeit von 100 km pro Stunde auf Bundesautobahnen würde zu einer erheblichen Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit führen und tiefe Eingriffe in den Straßenverkehr mit sich bringen, erklärte MdB Dionys Jobst in Bonn. Ständige Verkehrsstauungen und -verstopfungen auf unseren Straßen mit einer Zunahme der Unfallgefahren wären die Folgen einer solchen Maßnahme. Ferner würden sich negative Auswirkungen auf die Automobilindustrie und deren Arbeitsplätze ergeben.

Bei ernsthaften Schwierigkeiten in der Mineralölversorgung müßte im Rahmen eines breit angelegten Maßnahmenbündels sicherlich auch ein Tempolimit ins Auge gefaßt werden, erklärte Jobst. Zur

Zeit sei aber ein solcher Eingriff nicht erforderlich. Die Einführung einer Höchstgeschwindigkeit von 100 km pro Stunde auf Autobahnen würde allenfalls eine Einsparung von fünf Prozent des Verbrauchs an Vergaserkraftstoff bringen. Die Diskussion um die Einführung eines Tempolimits sei lediglich der Versuch einer Ablenkung von den wirklichen Problemen im Energiebereich. Die energiepolitischen Versäumnisse der Bundesregierung sollen nun offensichtlich auf dem Rücken der Autofahrer ausgetragen werden.

Weizsäcker auch 1983 CDU-Spitzenkandidat in Berlin

Bundestagsvizepräsident Richard von Weizsäcker hat jetzt offiziell seine Bereitschaft erklärt, auch bei den Berliner Wahlen im Jahr 1983 als Spitzenkandidat der Berliner CDU anzutreten. Der Landesausschuß der Berliner CDU, das höchste Gremium zwischen den Parteitagen, begrüßte die Ankündigung und sprach sich zugleich einmütig dafür aus, bei der Nominierung der elf Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten auf dem Landesparteitag am 21. November von Weizsäcker an die Spitze der Kandidatenliste zu setzen; bisher hat der CDU-Politiker noch ein rheinland-pfälzisches Bundestagsmandat. Sein im März erworbenes Mandat im Berliner Abgeordnetenhaus will von Weizsäcker im Herbst niederlegen. Richard von Weizsäcker sagte, seine Arbeit „in und für Berlin“ könne er am besten dadurch ausüben, daß er sowohl in Berlin wie in Bonn Berliner Angelegenheiten verfolge. In Berlin gehe es ihm vor allem um einen Beitrag zu den langfristigen Aufgaben, die sich für die Lebenskraft und für die deutschlandpolitische Lage der Stadt ergäben.

■ BUNDESTAG

Baum hat die Sicherheitskräfte verunsichert und demoralisiert

Ein Minister, der die innere Sicherheit ab- statt aufbaut, der die ihm unterstellten Beamten verunsichert statt zu schützen, sollte abgelöst werden. Mit 229 gegen 213 Stimmen bei einer Enthaltung wurde dennoch der Mißbilligungsantrag der CDU/CSU-Opposition gegen Bundesinnenminister Baum von den Koalitionsfraktionen abgewiesen.

In der Debatte im Bundestag sagte Alfred Dregger u.a.: „Zwischen der Einbringung unseres Mißbilligungsantrags gegen Bundesinnenminister Baum und der heutigen Debatte sind Wochen vergangen. In dieser Zeit hat unser Antrag bereits eine erste Wirkung gezeigt. Minister Baum hat versucht, in einer Kampagne der Vertrauenswerbung die schlimmen Folgen seines fehlerhaften Verhaltens abzuschwächen. Zu diesem Zweck sprach er vor den versammelten Führungskräften des Grenzschutzeinzeldienstes, er sprach zu den versammelten Abteilungsleitern im BKA, er reiste zur Grenzkontrollstelle nach Aachen. Überall versuchte er, gut Wetter zu machen. Wir haben nichts dagegen einzuwenden. Aber wir fragen, wie glaubwürdig das ist nach allem, was Vorausgegangen war.“

Baum selbst kritisierte vor einiger Zeit die ungünstige Wirkung von Wechselbädern für Beamte: heute größtes Lob für einen Erfolg gegen die Terroristen — morgen härteste Kritik für einen

Mißerfolg. Diese Kritik muß er auch gegen sich selbst gelten lassen. Seine eilfertige Reaktion auf unseren Mißbilligungsantrag ist kaum geeignet, verlorengegangenes Vertrauen wiederherzustellen. Bei den Beamten hat es gemischte Gefühle ausgelöst, bei den bisherigen publizistischen Partnern des Ministers eher Verachtung. Der „Spiegel“ machte das deutlich unter der Überschrift „Ein Mann auf dem Rückzug“. Es heißt dort: „Seither versäumt der einst so forschere Liberale kaum eine passende oder unpassende Gelegenheit, den Geheimbehörden sein ‚Vertrauen‘ auszusprechen.“

Alfred Dregger faßte zusammen: Der Innenminister hat durch sein Verhalten seine Beamten, seine Innenministerkollegen und unsere Sicherheitsdienste verunsichert. Das wird es ihm sehr erschweren, seine wichtigen Aufgaben in Zukunft erfolgreich wahrzunehmen, so daß sein Rücktritt nahe läge. Für den Fall, daß er dazu nicht bereit ist, fordern wir den Bundestag auf, der Bundesregierung folgendes aufzugeben:

1. den Bundesinnenminister zu verlassen, die durch ihn gestörte vertrauliche Zusammenarbeit mit den Innenministern und -senatoren der Länder wiederherzustellen;
2. unverzüglich alle nur möglichen Schritte zu tun, um das schwerbelastete Vertrauensverhältnis zu den Angehörigen des Bundeskriminalamtes, des

Bundesgrenzschutzes, des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Bundesnachrichtendienstes und des Militärischen Abschirmdienstes wieder aufzubauen.

— Dazu gehört, daß der Innenminister überall dort, wo klare Weisungen fehlen, diese erläßt und die Verantwortung nicht weiterhin seinen Untergebenen zuschiebt; das gilt insbesondere für die Sammlung, Aufbewahrung und Verwendung von Daten, die für Zwecke der Bekämpfung von Verbrechen und politischem Extremismus benötigt werden.

— Dazu gehört, daß der Innenminister für Amtshandlungen, die weisungsgemäß ausgeführt wurden, sofort und eindeutig die Verantwortung übernimmt. Dazu gehört ferner, daß er alle Bedienten in Schutz nimmt, wenn sie wegen Ausführung ihnen erteilter Aufträge kritisiert werden.

— Wir fordern ferner, daß der Innenminister ohne weitere Verzögerung die Zulässigkeit von Amtshilfeleistungen durch unmißverständliche Anweisungen an die betroffenen Behörden klärt.

— Schließlich bestehen wir darauf, daß der Innenminister die Preisgabe von Dienstgeheimnissen unterbindet, aufklärt und ahndet.

Vom Versagen des Innenministers kann sich auch der Kanzler nicht freisprechen. Wir kritisieren, daß er den Innenminister weder im Rahmen seiner Richtlinienkompetenz noch in anderer Weise korrigiert hat. Auch dafür dürften sachfremde Erwägungen ursächlich sein. Während es Herrn Baum um Unterstützung im linksliberalen Bereich geht, was immer er darunter verstehen mag, geht es dem Kanzler darum, seinen Koalitionspartner zu schonen.

Postgebühren

Regierung übernimmt Unionsantrag zur Senkung von Fernmeldegebühren

Am 23. November 1978 hat die CDU/CSU-Fraktion den Antrag auf Senkung der Fernmeldegebühren gestellt. Begründet war der Antrag damit, daß die Post erhebliche Gewinne aus den Fernmeldegebühren erzielte. Dadurch wurde die Begehrlichkeit des Finanzministers geweckt, der sich dann auch prompt von der Post eine Sonderablieferung in Höhe von 1,5 Milliarden DM überweisen ließ. Die Bundesregierung gab dabei das Versprechen, daß es sich um eine einmalige Sonderabgabe handeln sollte.

Dieses Versprechen hat die Bundesregierung bereits gebrochen, denn in der Kabinettsitzung am 28. Mai 1979 wurde die 2. Sonderablieferung in Höhe von 1,5 Milliarden DM gefordert.

Damit wird die Gefahr, auf die von der CDU/CSU hingewiesen wurde, immer größer, daß auf dem Umweg über zu hohe Telefongebühren den Bürgern quasi mit einer Sondersteuer das Geld aus der Tasche gezogen wird.

Wie wenig bürgerfreundlich sowohl die Bundesregierung als auch die SPD und FDP sind, wird daran erkennbar, daß der Antrag der CDU/CSU-Fraktion vom 23. November 1978 von der Koalition ablehnend an den Verkehrs-Ausschuß überwiesen und dort mit der Mehrheit der Koalition ebenfalls verworfen wurde.

Nun hat sich aber gezeigt, daß man gegen offensichtliche Mißstände auf Dauer nicht polemisieren kann. Sowohl

der Bundespostminister als auch die Koalition haben inzwischen einsehen müssen, daß eine Senkung der Ferngesprächsgebühren nötig ist und haben praktisch die Vorschläge übernommen, die von CDU/CSU bereits 1978 gemacht wurden.

Die Koalition hat damit sechs Monate Zeit gebraucht, um das anzuerkennen, was richtig und notwendig ist.

Recht der elterlichen Sorge:

SPD/FDP lehnten Verbesserungs- vorschläge der Union ab

Anläßlich der Beratung des Ergebnisses des Vermittlungsausschusses über das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge gab der familienrechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, MdB Anton Stark, folgende Erklärung ab:

Mit Bedauern und Enttäuschung stellt die CDU/CSU-Fraktion fest, daß die Vertreter von SPD und FDP im Vermittlungsausschuß auf keinen der sachlich begründeten und im Interesse der Stärkung der Erziehungsfunktion und Erziehungsbereitschaft der Eltern notwendigen Verbesserungsvorschläge des Bundesrates eingegangen sind.

Die Ablehnung sämtlicher Vorschläge des Bundesrates durch SPD und FDP zeigt, daß es der Koalition nicht, wie sie im Laufe der Beratung immer wieder vorgesehen hat, darauf ankommt, ein so grundlegendes und wichtiges Gesetz auf eine breite Grundlage zu stellen, sondern daß es ihr allein darauf ankommt, ihre von tiefem Mißtrauen gegen die Erziehungsfunktion der Eltern und der Familie geprägten familien-

und jugendpolitischen Vorstellungen durchzusetzen, solange sie noch die Mehrheit dafür hat.

Festzuhalten bleibt, daß die Koalition es auch im Vermittlungsausschuß abgelehnt hat, eine Vorschrift in das Gesetz aufzunehmen, wonach die Eltern die Ziele der Erziehung bestimmen. Die Ablehnung einer solchen Vorschrift durch SPD und FDP kann nur dahingehend verstanden werden, daß sie die Einflussnahme auf die Ziele der Erziehung für den Staat und außerfamiliäre Einrichtungen offenhalten und ermöglichen wollen, wie es der 2. Familienbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 1975 gefordert hat.

Festzuhalten bleibt, daß der Staat mit diesem Gesetz allen Eltern einen bestimmten Erziehungsstil vorschreibt und allen Eltern das Verbot entwürdigender Erziehungsmaßnahmen glaubt entgegenhalten zu müssen — ohne daß der Gesetzgeber selbst weiß, was damit gemeint ist. Beides ist unter erzieherischen Gesichtspunkten fragwürdig, unter verfassungsrechtlichen und rechtspolitischen Gesichtspunkten bedenklich. Festgehalten werden muß schließlich, daß ein Staat und ein Gesetzgeber, der nicht in der Lage ist, allen jungen Menschen einen angemessenen Arbeits-, Ausbildungs- oder Studienplatz zur Verfügung zu stellen, sich anmaßt, in bestimmten Fällen den Eltern vorzuschreiben, welche Ausbildung oder welcher Beruf für ihre Kinder das richtige ist, wobei die Haftung für eventuelle Fehlentscheidungen der staatlichen Organe bei den Eltern verbleibt.

Allein diese drei hier hervorgehobenen gesetzlichen Fehlentscheidungen machen es der CDU/CSU — neben ihren grundsätzlichen Einwendungen — unmöglich, dem Gesetz zum Recht der elterlichen Sorge zuzustimmen.

■ EUROPA

Parteien der Mitte arbeiten eng zusammen

Die Vorsitzenden der zehn Mitgliedsparteien der Europäischen Demokratischen Union (EDU) kommen am 20. und 21. Juli in London zur jährlichen Parteivorsitzendenkonferenz zusammen. Bei dem Treffen sollen unter anderem die Themen Beschäftigungspolitik, Energie und Umweltschutz diskutiert werden. Auf der Tagesordnung der EDU-Konferenz steht auch die Neuwahl eines Vorsitzenden für die kommende einjährige Wahlperiode.

Das Vorbereitungstreffen bei Oslo fand unter dem Vorsitz des Generalsekretärs der norwegischen Konservativen, Fridtjov Clemet, statt. Vertreten waren die Generalsekretäre oder deren Beauftragte aus Österreich, Dänemark, Finnland, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Norwegen, Portugal, Schweden und Großbritannien. Die spanische Zentrumpartei nahm als Beobachter teil.

Der Lenkungsausschuß für das diesjährige Treffen schlägt der EDU die Gründung zusätzlicher Unterausschüsse vor, die sich mit Fragen der Familienpolitik, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, des Terrorismus und dem Thema „Wirtschaft und Staat“ befassen sollen.

Auf der Sitzung bei Oslo wurde deutlich, daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu einem der wesentlichen politischen Tätigkeitsgebiete der EDU wer-

den wird. Die Teilnehmer waren sich einig, daß alle Pläne, die die Arbeitslosigkeit als notwendiges Übel oder als Regulativ für die Wirtschaft betrachten, zurückgewiesen werden müssen.

Auf dem Sektor Energieversorgung wurde gemeinsam festgestellt, daß der sparsame Umgang mit vorhandener Energie und die Suche nach neuen Energiequellen wesentliche Voraussetzung ist, um der zu erwartenden Energieknappheit zu begegnen.

Die Gründung und das erste Parteivorsitzendentreffen der EDU hatten im April vergangenen Jahres auf Schloß Kleßheim bei Salzburg stattgefunden. Der Arbeitsgemeinschaft gehören 17 christlich-demokratische und konservative Parteien in Europa als Mitglieder (10) oder Beobachter (7) an. Grundlage der Zusammenarbeit ist eine bei der Gründungsversammlung angenommene und unterzeichnete „Erklärung der Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer, konservativer und anderer nicht-kollektivistischer Parteien“.

MdB Klepsch zum Sprecher der deutschen Christlichen Demokraten im EP gewählt

Die 42 deutschen Mitglieder der zukünftigen Christlich-Demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament haben Egon Klepsch (CDU) zum Sprecher der Delegation der deutschen Christlichen Demokraten im Europäischen Parlament gewählt. Die Wahl von Klepsch erfolgte auf der konstituierenden Sitzung der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament am 19. Juni in Bonn einstimmig. Zu stellvertretenden Sprechern wurden — ebenfalls einstimmig — Heinrich Aigner (CSU) und Hans Katzer (CDU) gewählt.

■ KOALITION

SPD-Spitze: müde, ratlos und zerstritten

Während die Union ihren Kanzlerkandidaten sucht, vollzieht sich in der SPD fast unbemerkt von der Öffentlichkeit ein tiefer Wandel. Nur noch mühevoll können die Risse in der Führungsspitze zwischen Schmidt, Brandt, Wehner und dem linken Gespann Eppler/Scherf verkleistert werden. Auf der Sitzung des Parteibeirates der SPD am vergangenen Wochenende verzichtete Helmut Schmidt angeblich aus „Zeitgründen“ darauf, seinen politischen Lagebericht zu geben, um das Dilemma nicht offensichtlich werden zu lassen.

Der größte Dissens zwischen der Schmidt-Position und der „reinen SPD-Lehre“ besteht zweifellos in der Steuerpolitik und der Kernenergie. Spätestens auf dem Berliner Parteitag im Dezember werden sich die Fronten klären. Das Unbehagen bei den Sozialdemokraten ist jedenfalls jetzt schon groß. Dem Vorsitzenden Brandt wird vorgeworfen, er ließe die Zügel schleifen. Auf die Diskussion der aktuellen Probleme wie Energiesperren, Kernenergie oder Tempolimit nehme er kaum noch Einfluß. Darauf angesprochen, reagierte er gereizt und lasse sich kaum noch von seinen Freunden beraten.

Undurchsichtig wie immer ist die Haltung von Herbert Wehner: Mal rempelt er gegen die Politik des Kanzlers, mal läßt er seiner Wut über die lasche Parteiführung freien Lauf.

Je mehr Brandt sich aus dem Tagesgeschäft zurückzieht und Wehners Einfluß nachläßt, desto stärker wird die Position von Helmut Schmidt, desto deutlicher wird die SPD zur „Kanzlerpartei“. Das läßt auch die Linke wieder aktiver werden.

„Ich möchte alles tun, um uns daran zu hindern, ein Kanzlerverein à la CDU der fünfziger Jahre zu werden“, sagt Henning Scherf, der Bremer Finanzsenator, in dem Schmidt den künftigen Sprecher des linken Flügels sieht. Scherf: „Gegenwärtig ist zu beobachten, daß sich in Vorbereitung des Berliner Parteitags Ende des Jahres die innerparteiliche Linke wieder röhrt, inhaltliche Positionen besetzt und fordert, daß es eine neue Debatte gibt.“

Im Deutschlandfunk sagte der linke SPD-Politiker, es müsse deutlich werden, daß sich die SPD „an einem ganz klaren Programm zur Veränderung dieser Gesellschaft orientiert“, und dies sei „etwas anderes, als sozusagen die treue Werbetruppe des Kanzlers“ zu sein.

Wie der baden-württembergische SPD-Landesvorsitzende Erhard Eppler, erklärte auch Scherf, daß ein Großteil der wirklichen politischen Diskussion nicht mehr innerhalb der SPD stattfinde, sondern sich in Grüne Listen oder einer „alternativen Bewegung“ organisiere. Das müsse für die SPD ein Alarmzeichen sein. Zur Zeit verliere die Partei an Anziehungskraft und an Attraktivität. Scherf forderte eine „gründliche neue Debatte“ zur Energiepolitik. In der Auseinandersetzung um ein Tempolimit müsse die SPD deutlich sagen, „ob wir nun vor dem ADAC einen Kotau machen oder vor denen, die meinen, Freiheit bestünde darin, mit 250 Kilometern über die Autobahn zu rasen.“

Scherf bezweifelte, daß Bundeskanzler

Helmut Schmidt auf dem Berliner Parteitag der Sozialdemokraten im Dezember mit dem Rücktritt drohen werde, wenn sein Energiekonzept keine Mehrheit fände: „Ich denke, das wird anders gehen.“ Ziel der Partei müsse es sein, über „eine Kette von Bezirksparteitagen eine richtige Parteidebatte zu organisieren“. Und an dieser Debatte würden dann „mehr als nur der Kanzler“ teilnehmen, meinte Scherf.

Epplers Position eines langfristigen Verzichtes auf Kernenergie halte er „tendenziell für mehrheitsfähig in der SPD“. Eppler selbst zeigte sich in einem „Spiegel“-Interview überzeugt, daß sich „die Option, ohne Atomenergie auszukommen, öffnen läßt“.

Parteibuchwirtschaft im Verteidigungsministerium

Mit der kürzlich erfolgten Ernennung von zwei zivilen Abteilungsleitern im Bundesministerium der Verteidigung hat Minister Hans Apel die einseitige Parteipolitisierung seines Hauses fortgesetzt. Von den neun Ministerialdirektoren des Ministeriums gehören mittlerweile sieben der SPD an, zwei stehen der FDP nahe. Unionsangehörige sind aus diesen Spitzenpositionen ausgeschaltet worden. Dabei war es gerade Apel, der bei der Übernahme des Verteidigungsressorts im Frühjahr 1978 zusichert hat, er werde keine Personalentscheidungen vornehmen, denen parteipolitische Engstirnigkeit nachgesagt werden könnte.

Die CDU/CSU lehnt diese Parteipolitisierung im Verteidigungsbereich im Interesse der Streitkräfte ab, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung, MdB Willi Weiskirch. Sie kann das mit um so größerer Berechtigung

tun, als zu den Zeiten, in denen sie die Regierung stellte, stets nach dem Leistungsprinzip verfahren worden ist und es in den Spitzenpositionen des Ministeriums immer auch Mitglieder der damaligen Oppositionsparteien gegeben hat.

Kommunalpolitiker verlassen die SPD

Anhaltender Linkstrend, Wirklichkeitsferne und widersprüchliche Politik sind nach Angaben des CDU-Sprechers in Schleswig-Holstein, Volker Koop, die Gründe für „angesehene Kommunalpolitiker der Landes-SPD“, die Partei zu verlassen. Immer mehr gemäßigte Mitglieder der schleswig-holsteinischen SPD überlassen das politische Feld den Parteilinken um Jansen und Matthiesen. Koop nannte drei Beispiele für Austritte in jüngster Zeit: den früheren Lauenburger Stadtvertreter und Kreistagsabgeordneten Heinz-Dieter Reimers, den Oberstudienrat Harro Kunst aus Bad Oldesloe (nach 13jähriger Mitgliedschaft) und den bisherigen stellvertretenden Ortsvorsitzenden in Burg auf Fehmarn, Fritz Haase.

10. Pflichtschuljahr: FDP stimmte gegen Handwerk

Trotz der Proteste sämtlicher Spitzenverbände des Handwerks und der Industrie und der schweren Bedenken, die auch viele Wissenschaftler angemeldet hatten, setzte die SPD/FDP-Koalition im Landtag NRW die Einführung eines 10. Pflichtschuljahres durch. Auch FDP-Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer, der zuvor seinen energischen Widerstand angekündigt hatte, stimmte für das Gesetz.

■ JAHRESTAGUNG DER UdVF

Weiter auf das Recht bauen und für die Freiheit kämpfen

Die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU — Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung wählte auf ihrer Bundesdelegierten-tagung am 22./23. Juni 1979 in Bonn den Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka erneut zu ihrem Vorsitzenden.

Als Stellvertretende Vorsitzende wählten die Delegierten die Berliner Bundestagsabgeordnete Liselotte Pieser, den Münchener CSU-Bundestagsabgeordneten Fritz Wittmann, den niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Helmut Sauer (Salzgitter) sowie Professor Emil Schlee (Kiel). Zum Schatzmeister wurde Otto Frhr. von Fircks, zum Hauptgeschäftsführer Gerold Rummler wieder gewählt.

Beisitzer sind: Herbert Czaja, MdB, Sieghard Rost, MdL, Alfred Herold, Gerhard Dewitz, Erich Weidlich, Hartmut Gassner, Alexander Wagner und Georg Hoffmann.

Auf der Delegiertentagung sprach der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Burkhard Ritz, für den verhinderten Parteivorsitzenden Helmut Kohl.

Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, MdB Matthias Wissmann, behandelte das Thema „Jugend und die deutsche Frage“. Er sagte u. a.: „Die Nationen leben aus ihrer Geschichte. So beruht auch die nationale Identität Deutschlands auf seiner gesamten hi-

storischen, geistigen und politischen Tradition mit allen positiven und negativen Erscheinungen. Dies muß auch die Grundhaltung deutschen Geschichtsunterrichts sein. Es ist dringend erforderlich, die gemeinsame Geschichte aller Deutschen wieder stärker in den Mittelpunkt des Schulunterrichts zu stellen. Wenn weniger als 50 % der Jugendlichen noch wissen, welche Bedeutung der 17. Juni 1953 politisch und historisch hat, dann ist das vor allem eine Herausforderung für die Bildungspolitik.“

Volksgruppenrecht für Deutsche

Der Ministerpräsident von Rheinland Pfalz, Bernhard Vogel, machte vor den Delegierten grundsätzliche Ausführungen über die „Verantwortung der Bundesländer für ganz Deutschland“. Dabei bekannte er sich zum Fortbestand Deutschlands in allen seinen Teilen.

Über „Volksgruppenrecht für Deutsche“ sprach Fritz Wittmann, MdB. „Für und stellt sich die Frage, wie kann das Volksgruppenrecht unseren deutschen Menschen hilfreich sein, die zu einem großen Teil nicht einmal als Nationalität in den totalitären Ostblockstaaten sind. Unsere Bemühungen, die Bundesregierung möge vor allem mit der Volksrepublik Polen über die Einräumung von Volksgruppenrechten verhandeln, haben zu keinem Erfolg geführt.“

Im März 1976 hatte Außenminister Genscher die Zustimmung der Ministerprä-

sidenten der deutschen Länder zum deutsch-polnischen Rentenabkommen im Bundesrat mit dem Versprechen erreicht, er werde mit der polnischen Regierung über die Einräumung von Volksgruppenrechten an die Deutschen verhandeln. Geschehen ist bis jetzt nichts.“

MdB Herbert Hupka führte in seinem Referat u. a. aus: „Unsere Vereinigung ist Teil der Partei, sie arbeitet nicht außerhalb oder gar gegen die Partei, sondern mitten in der Partei. Sie gibt Anstöße, wie dies bei der Ausarbeitung des CDU-Grundsatzprogrammes und den Erlanger Thesen der CSU zur Europawahl gerade in jüngster Zeit der Fall war, und setzt Vorstellungen und Pläne der Partei in den eigenen Reihen um.“

Ehmke und Polkahn wollen die Anerkennung

Die jüngste Stufe eines deutscherseits selbst in Gang gesetzten Teilungsprozesses heißt Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze. Entweder legt man den Warschauer Vertrag wider den Text so aus, als stünde darin die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze, oder macht ganz offen den Vorschlag, wie dies jetzt erst wieder Horst Ehmke und der aus Ostpreußen stammende SPD-Abgeordnete Walter Polkahn erklärt, daß endlich territorial alles in Ordnung gebracht werden müsse, wie es den polnischen Wünschen und Forderungen entspricht. Die im Warschauer Vertrag nicht ausgesprochene Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze solle jetzt endlich nachgeliefert werden ...

Jenseits von Elbe, Werra und Fulda, jenseits von Oder und Neiße ist das Verlangen nach der Einheit Deutsch-

lands in Freiheit ungebrochen vorhanden. Gerade die jungen Menschen in Mitteldeutschland sind es, die auf die Freiheit gesetzt haben. Der Name des 22jährigen Nico Hübner aus Ost-Berlin, der zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden ist, ist von symbolträchtiger Bedeutung. An unsere Adresse gerichtet, schrieb er in einer Denkschrift: „Die Politik in der Bundesrepublik Deutschland lehnt es leider ab, zur moralischen Stütze im anderen Teil Deutschlands zu werden.“

Die Freiheit ist unser höchstes Gut. Diese gilt in der Bundesrepublik Deutschland als dem Modellstaat eines erst wiederzuvereinigenden Deutschland zu wahren und zu sichern, denn nur dann, wenn dies gelingt, werden wir den Weg in das freie Deutschland in einem freien Europa einschlagen können. 30 Jahre Bundesrepublik Deutschland, und trotz 34jähriger gewaltsamer Teilung ein deutsches Volk geblieben zu sein, lassen uns für die Zukunft Deutschlands hoffen, auf das Recht bauen, für die Freiheit kämpfen.“

Erklärung zur Vertreibung aus Vietnam

In einer Erklärung zur Vertreibung der Chinesen aus Vietnam wurde an die Parallelität zur Vertreibung 1945/46 von Millionen Deutschen erinnert und an die Solidarität der freien Völker im Kampf gegen jede Art von Vertreibung und zur tatkräftigen Unterstützung der Vertriebenen appelliert.

Die Delegierten bekraftigen in einer Resolution ihren entschiedenen Willen, die Einheit der beiden Unionsparteien auch weiterhin — schon um der gemeinsamen Deutschland- und Ostpolitik — zu erhalten und zu bekraftigen.

■ KOMMUNALWAHLEN

CDU-Wähler waren verunsichert

Am 10. Juni fanden in Rheinland-Pfalz und im Saarland auch Kommunalwahlen statt, deren Ergebnisse Unterschiede zur Europawahl brachten. Nachfolgend geben die beiden Landesverbände eine Analyse der Ergebnisse:

Rheinland-Pfalz

Mit einem Stimmenanteil von 47,5 % liegt die CDU bei der Kommunalwahl um 5,3 %-Punkte vor der SPD, obwohl die SPD gegenüber der letzten Kommunalwahl 1974 6,7 %-Punkte hinzugewann.

Sie erreichte insgesamt nur 42,2 % der Stimmen. Beide Kommunalwahlen, die jetzige und die von 1974, waren stark beeinflußt durch die allgemeine politische Stimmungslage, die sich jeweils auf die Mobilisierung der Sympathisanten der Parteien unterschiedlich auswirkte.

1974 führte die Guillaume-Affäre zu einer tiefen Verunsicherung und Wahlenthaltung der SPD-Sympathisanten. Die CDU-orientierten Wähler hingegen gingen verstärkt zur Wahl; die Wahlbeteiligung war mit 81,1 % besonders hoch, die CDU erreichte 51,6 % aller Stimmen; die SPD fiel auf 35,5 % zurück.

1979 nun ist die Wahlbeteiligung gegenüber 1974 generell um 3 %-Punkte niedriger. Die nach der Wahl des Bundespräsidenten erneut einsetzende Diskussion um den Kanzlerkandidaten verunsicherte die CDU-Sympathisanten und hielt sie von der Wahl ab. Die CDU mußte Verluste von 4,1 %-Punkten hin-

nehmen. Dennoch konnte sie einen Teil der hohen Gewinne bei der letzten Kommunalwahl halten und ihre Basis dadurch in den Städten weiter stabilisieren.

Abgesehen von den bundespolitischen Einflüssen auf den Wahlausgang setzten sich die langfristigen Strukturveränderungen der Parteianhängerschaften fort. Die CDU schiebt ihren Wähleranteil in den verstädterten Gebieten von Rheinland-Pfalz an die 45 %-Marke heran; die SPD dagegen liegt in den ländlicheren Gebieten, z. B. im Regierungsbezirk Trier, bei 23 % und generell in den Kreistagen bei 40,5 %.

In den Kreistagen liegt die CDU im Schnitt 8,6 %-Punkte vor der SPD, in den Stadträten der kreisfreien Städte die SPD aber nur 4,5 %-Punkte vor der CDU. In den Städten lag die Wahlbeteiligung um 6,3 %-Punkte niedriger als im Landesdurchschnitt, was nicht zuletzt auf die Wahlenthaltung von CDU-Sympathisanten zurückzuführen ist.

Saarland

Schon Monate vor der Wahl gab es in den Führungsgremien der CDU Saar keinen Zweifel, daß ein „Traumergebnis“, wie bei den 74er Wahlen, nicht zu erwarten war. Damals hatte die CDU im Landesdurchschnitt rund 10 % zugelegt. Im Landesvorstand rechnete man mit einem Verlust zwischen 3 und 4 Prozent, was immer noch die Stabilisierung von zwei Dritteln des damaligen Zugewinns für die Partei bedeutet hätte. Die CDU Saar analysiert zur Zeit die

Gründe für die Verluste, die noch etwas höher als erwartet lagen (Gemeindewahlen Minus 4,3 %, Kreisratswahlen Minus 4,6 %). Man will jedoch auf jeden Fall nun einen „Schnellschuß aus der Hüfte“ vermeiden — nicht zuletzt mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen.

Ohne Anspruch auf vollständige Auflistung der für dieses Wahlergebnis ausschlaggebenden Faktoren soll daher an dieser Stelle nur ein grober Überblick gegeben werden:

① Die CDU konnte diesmal nicht von einem Vertrauenstief der Bevölkerung gegenüber der SPD profitieren. Eine tief sitzende Verärgerung oder Bestürzung über skandalöse Vorgänge im Bonner Regierungslager (Guillaume-Effekt im Jahre 1974) kam diesmal nicht zum Tragen.

② Demgegenüber befindet sich die Union im Bund seit Monaten in einer meist auf dem offenen Markt ausgetragenen Diskussion um Personalfragen. Nicht nur sogenannte Wechselwähler, sondern auch traditionelle CDU-Sympathisanten fühlen sich dadurch stark unsicher.

③ Offenbar nie zuvor war der Anteil der bis zum Wahltag unentschlossenen Wähler so groß wie diesmal. Eine Umfrage der Saarbrücker Staatskanzlei hat dies eindeutig belegt. Eine negative Präsentation der Gesamtpartei schlägt daher bei vielen Unentschlossenen relativ stark durch.

④ Unzufriedenheit des Wählers mit dem Erscheinungsbild der Union ließ dieser nicht bei der Europawahl spüren, sondern erteilte die Quittung bei der Kommunalwahl, die offensichtlich eine Art „Stellvertreter-Rolle“ spielen mußte.

⑤ Diese Haltung des Wählers wurde nicht aufgefangen, da das sanfte Ruhekissen der 74er Wahlergebnisse so

manchen saarländischen Kommunalpolitiker zum Trugschluß verleitete, es könne sowieso nichts schiefgehen. Ein relativ niedriger Mobilisierungsgrad der Basis im Wahlkampf war ebenfalls nicht geeignet, negative Trends zu neutralisieren.

⑥ Nicht wenige CDU-Bürgermeister fühlten und gaben sich in ihrem Amt auch im Wahlkampf als „überparteiliche Verwalter der Bürgerinteressen“. Einerseits richtig, andererseits eine Verkennung politischer Notwendigkeiten — zumal ihre SPD-Kollegen eben diese noble (aber doch schädliche) Zurückhaltung nicht nur „vergaßen“. Im Gegenteil, dort, wo die Sozialdemokraten den Verwaltungschef stellten, stellten sie diesen soweit als möglich in den Vordergrund, selbst wenn er gar nicht zur Wahl stand und auf einige Jahre abgesichert war.

⑦ Statt sachlicher Alternativen zur Politik der Partei in den Kommunen jonglierte die SPD mit vordergründigen Verbesserungsvorschlägen, wobei sie zugegebenermaßen geschickt auch landespolitische Themen einbezog und sie im örtlichen Bereich umsetzte.

Inwieweit die angesprochenen Faktoren quantitativ bestimmend waren, kann jetzt noch nicht gesagt werden. Fest steht allerdings, daß nicht nur saarlandbezogene Einflüsse die Wahl entscheidend geprägt haben — dies wird durch das fast identische Abschneiden von CDU und SPD in Rheinland-Pfalz und an der Saar belegt.

Auswirkungen dieser Kommunalwahl auf die CDU/FDP-Koalition auf Landesebene sind nicht zu erkennen. Mut zu einer ehrlichen Analyse und die Bereitschaft zur Geschlossenheit — das sind Forderungen, vor die sich nicht nur der Landesverband der CDU Saar gestellt sieht.

Hilfe für Vietnam-Flüchtlinge

Die seit Monaten anhaltende Flüchtlingswelle aus Vietnam und Kambodscha ist ein vernichtendes Zeugnis für die kommunistischen Regime in beiden Ländern. Was mit den Flüchtlingen geschieht, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, erklärte Helmut Kohl vor der Bundestagsfraktion.

Wer immer von den Menschenrechten spricht, ist aufgerufen, sofort und ohne Vorbehalte zu helfen. Gerade uns Deutsche im freien Teil Deutschlands, die nach dem Krieg Millionen Flüchtlinge integriert und gemeinsam mit ihnen das Deutschland von heute aufgebaut haben, kann das Schicksal von Flüchtlingen nicht unberührt lassen, stellte der Parteivorsitzende fest.

Die Lage, in der sich diese Flüchtlinge in Asien befinden, die die Freiheit wollen und der kommunistischen Unterdrückung entflohen sind, ist eine Herausforderung an die freie und wohlhabende westliche Welt. Es ist nicht zu verantworten, die Flüchtlinge und die überforderten asiatischen Nachbarländer mit ihren Problemen wie bisher nur ungenügend zu unterstützen.

Deshalb fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung und die Landesregierungen erneut auf:

1. Aufnahmekoten für Vietnam-Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland erheblich aufzustocken und das Verfahren zur Ansiedlung in der Bundesrepublik Deutschland zu vereinfachen und abzukürzen.
2. Europäische Initiativen zur Ansiedlung von Vietnam-Flüchtlingen zu verstärken.
3. Neue Verhandlungen mit möglichen Aufnahmeländern aufzunehmen und durch sofortige Entwicklungshilfe die Voraussetzungen für die Ansiedlung von Vietnam-Flüchtlingen zu verbessern.
4. Mehr unmittelbare humanitäre Hilfe zu leisten, um das Schicksal der Flüchtlinge auf den Schiffen und in den Ländern zu erleichtern.
5. Eine gemeinsame Initiative der Bundesregierung mit den westlichen Verbündeten in den Vereinten Nationen, um den Flüchtlingen weltweit zu helfen und die verantwortlichen Länder öffentlich zur Rechenschaft zu ziehen.

Demokraten sind dazu da, für die Menschenrechte einzustehen — wann und wo immer sie verletzt oder mit Füßen getreten werden. Gewalt und Unrecht, Unterdrückung und Leid mit Schweigen zu übergehen oder zu bemänteln, ist eines Demokraten unwürdig. Das kalte Schweigen der deutschen Linken, einschließlich der SPD, zur Flüchtlingstragödie in Südostasien ist ebenso beschämend wie entlarvend.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

29. 6. **CDU — Bund**
Frauenvereinigung, Europa-Sektion, Bonn
30. 6. **LV Baden-Württemberg**
Mittelstandsvereinigung, Landesmittelstandstag, Pforzheim
30. 6. **LV Hessen, Sozialausschüsse**
Landesausschuß
30. 6. **LV Schleswig-Holstein, Sozialausschüsse**, Jahreskongreß, Norderstedt
30. 6. **Exil-CDU**
Hauptvorstandssitzung, Berlin
30. 6. **CDU — Bund**
Frauenvereinigung, Bundesvorstand, Bonn
30. 6./1. 7. **JU Baden-Württemberg**
Landestag '79, Eßlingen-Berkheim
30. 6./1. 7. **Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU — Bund**
Fachtagung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Oldenburg
6. 7. **LV Schleswig-Holstein**
Kreisgeschäftsführerkonferenz, Kiel
6. 7. **LV Baden-Württemberg**
Präsidium und Landesvorstand, Reutlingen
6. 7. **LV Hannover**
Vorstand, Hannover

6. 7. **CDU Niedersachsen**
Vorstand, Hannover
6. 7. **CDU Niedersachsen**
Frauenvereinigung, Vorstand, Hannover
- 6./8. 7. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitische Regionaltagung, Bad Oeynhausen
7. 7. **LV Baden-Württemberg**
13. Landesparteitag, Reutlingen
7. 7. **CDU Niedersachsen**
Landesausschuß, Hannover
9. 7. **CDU — Bund**
Präsidium, Bonn
- 14./15. 7. **SU Baden-Württemberg**
Landestagung '79
- 22./29. 7. **CDU — Bund**
Frauenvereinigung, Generalversammlung der EFU, Bonn
6. 8. **LV Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
- 10./11. 8. **LV Westfalen-Lippe**
Sozialausschüsse, Landestagung
- 10./11. 8. **KPV/NW**
Hauptausschuß, Höxter
11. 8. **LV Westfalen-Lippe**
Frauenvereinigung, Landesdelegiertentagung, Meinerzhagen
20. 8. **CDU — Bund**
Präsidium, Bonn
22. 8. **LV Rheinland**
Kreisgeschäftsführerkonferenz, Köln

Union In Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.